

April 2016

Informationen der

Vereinten

Dienstleistungsgewerkschaft

Fachbereich Bund + Länder

Nordrhein-Westfalen

www.nrw6.verdi.de

ver.di im Gespräch mit Justizminister Kutschaty und Staatssekretär Krens

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die **ver.di** Fachgruppe „Justiz“ traf sich am 11.04.2016 im Justizministerium NRW mit Justizminister Kutschaty und Staatssekretär Krens.



v.l.n.r.: Ferdinand Kehren,
Rainer Saßmannshausen,
Thomas Kutschaty, Michael
Kötzing, Bernward Schopp-
mann, Helga Sichtermann,
Karl Heinz Krens, Edgar
Schrutek, Jutta Dünnes

Anknüpfend an das letzte Zusammentreffen im September 2015 ging es zunächst erneut um die aktuelle Entwicklung bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und die dazu notwendige IT-Zentralisierung.

Staatssekretär Krens wies darauf hin, dass nach der Einrichtung des justizeigenen Rechenzentrums in Münster alsbald mit der Migration der Gerichte und Staatsanwaltschaften in einen zentralen IT-Betrieb begonnen werden kann. Zwischenzeitlich aufgetretene Probleme mit der Software für Spracherkennung seien mittlerweile behoben. Die im Zusammenhang mit der IT-Zentralisierung aufgeworfenen Fragen zu den Verantwortlichkeiten nach dem Datenschutzgesetz werden in Kürze auch in ihrer bundesweiten Bedeutung geklärt. Die für den vorgesehenen Pilotbetrieb zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs ausgewählten Gerichte (Landgericht Bochum und das Sozialgericht Düsseldorf) werden als erstes mit ihrem gesamten Datenbestand in das Rechenzentrum der Justiz in Münster überführt. Insgesamt seien die Fortschritte im gesamten Prozess aus seiner Sicht besser als am Anfang erhofft.

Die **ver.di**-Fachgruppe „Justiz“ wird auch zukünftig dieses Projekt kritisch konstruktiv insbesondere im Interesse der Beschäftigten begleiten.

Als nächstes Thema stand der im Landtag NRW eingebrachte Nachtragshaushalt im Mittelpunkt des Gesprächs. Die **ver.di**-Delegation bat insbesondere um Erläuterung über die Besetzung sowie Verteilung der zusätzlichen 300 Stellen für die Justiz NRW.

Justizminister Kutschaty geht davon aus, dass der Nachtragshaushalt noch im April 2016 vom Landtag beschlossen wird. Über die Verteilung der zusätzlichen Stellen werden bereits Gespräche mit den nachgeordneten Geschäftsbereichen geführt, um eine zügige Umsetzung zu erreichen. Im Bereich des mittleren Justizdienstes wird es erforderlich sein, die zusätzlichen Stellen mit externen Bewerbern/innen zu besetzen. Vor dem Hintergrund der praktizierten bedarfsgerechten Ausbildung sind keine zusätzlichen geprüften Auszubildenden oder Anwärter/innen vorhanden. Insofern werden ausnahmsweise die Beschränkungen des justizinternen Arbeitsmarktes gelockert. Auf Nachfrage erklärte Justizminister Kutschaty, dass die Modalitäten zur Übernahme von Auszubildenden und die Entfristungskampagne nicht in Frage gestellt werden. Kein(e) geprüfte(r) Auszubildende(r) werde durch die Einstellung von externen Bewerber/innen benachteiligt.

Die **ver.di**-Vertreter/innen wiesen abschließend darauf hin, dass die zu erwartenden zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten im Justizwachtmeisterdienst zum Teil für den ins Stocken geratenen Belastungsausgleich zwischen den nachgeordneten Geschäftsbereichen genutzt werden könnten.

Zum Thema „große Dienstrechtsreform“ sprachen die **ver.di**-Vertreter/innen wiederholt die verbesserungswürdige Situation des Justizwachtmeisterdienstes und die Forderung nach Zuordnung in die Besoldungsgruppen A 5 – A 8 an.

Daneben skizzierten sie die Vorstellungen der Gewerkschaft **ver.di** zur zukünftigen Nachwuchsgewinnung aus dem Kreis der Justizfachangestellten für den beamteten mittleren Justizdienst. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die Dienstrechtsreform die Möglichkeit von modularen Zusatzqualifikationen bringen wird, an deren Ende die notwendige Laufbahnprüfung steht.

Weiter ging es um das Thema „Altersteilzeit“, das vor dem Hintergrund von zwei der Einigungsstelle vorliegenden Anträgen besondere Aktualität hat.

Die **ver.di**-Delegation trug vor, dass u.a. mit dem Instrument der Altersteilzeit der sich abzeichnende demographische Wandel in der Justiz NRW gestaltet werden könnte.

Justizminister Kutschaty und Staatssekretär Krems verwiesen darauf, dass die Landesregierung NRW noch im vergangenen Jahr 2015 in einem Kabinettschluss die Altersteilzeit - mit Ausnahme der Lehrer/innen - nur für in der Landesverwaltung zu erwirtschaftende kw-Vermerke zugelassen hat. Das Finanzministerium hat mit einem entsprechenden Erlass diese Beschlusslage umgesetzt und daran sei man nun gebunden.

Die **ver.di**-Fachgruppe „Justiz“ brachte ihr Unverständnis über die Ungleichbehandlung innerhalb der Landesverwaltungen zum Ausdruck und erneuerte das Angebot, über die Bedingungen der Altersteilzeit in der Justiz NRW gemeinsam zu reden und ggfls. einen sozialpolitischen Fortschritt zu erreichen.

Zu guter Letzt kam ein nicht minder aktuelles Thema auf den Tisch – Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes!

Leider erleben wir auch in der Justiz immer wieder verbale und/oder körperliche Gewalt gegen Beschäftigte. Die Bandbreite erstreckt sich hierbei von Respektlosigkeiten, Anfeindungen, Beleidigungen, Drohungen über im schlimmsten Fall auch zu tätlichen Angriffen bis hin zu einzelnen Todesfällen – auch in NRW.

Die Gewerkschaft **ver.di** wird in Kürze in einem Brief an die Landesregierung NRW anregen, zentral über alle Landesverwaltungen hinweg Übergriffe jedweder Art auf Beschäftigte statistisch zu erfassen und dann auch öffentlich sichtbar zu machen. Aber es soll auch um die Fragen gehen, ob beispielweise zum einen im Vorfeld präventiv alles Erdenkliche getan wird, um solche Vorkommnisse zu verhindern. Und zum anderen, ob auch im Nachhinein den Opfern angemessene Hilfe zu Teil wird.

Die Gewerkschaft **ver.di** ist beim letzten Punkt der Auffassung, dass NRW dem Beispiel des Bundes und einiger Bundesländer folgen sollte und im Dienstrecht im Falle von Ansprüchen der Opfer auf Schmerzensgeld bei mittellosen Tätern Ersatz durch den Dienstherrn geleistet wird. Die Vertreter/innen der Gewerkschaft **ver.di** baten Justizminister Kutschaty hierbei um Unterstützung im Landeskabinettschluss, der diese gerne zusagte.

Mit kollegialen Grüßen
Eure **ver.di** Fachgruppe Justiz

Edgar Schrutek Rainer Saßmannshausen

Mehr im Internet unter: <http://justiz-nrw.verdi.de>
Facebook: <http://www.facebook.com/nrw6.verdi>
Twitter: <http://twitter.com/michaelkoetzing>



Vertrauen bringt Erfolg!
Am 09. Juni bei den Personalratswahlen
ver.di wählen!